

Rates des Bezirks, eine frühere Dreherin vom VEB EKM in der Org.-Instrukteur-Abteilung, eine Genossin aus dem RFT-Werk in der Abteilung Bezirksgeleitete Industrie auf dem Gebiet des Vorschlags- und Erfindungswesens. In der gleichen Abteilung ist ein junger Genosse aus dem VEB Holzverarbeitungsindustrie jetzt als Oberreferent im Sachgebiet Leichtindustrie tätig, während eine ehemalige Meisterin aus dem Damenbekleidungswerk jetzt eine verantwortliche Arbeit im Sektor Textilindustrie der Abteilung Materialtechnische Versorgung beim Wirtschaftsrat leistet. Ähnliches läßt sich auch von den Lehrgangsteilnehmern berichten, die jetzt in den Kreisen, von denen sie vorgeschlagen waren, eingesetzt sind.

Es ist klar, daß sich auf diese Weise sowohl beim* Rat des Bezirks als auch bei den Räten der Kreise das Niveau der staatlichen Arbeit verbessert, unbürokratischer und lebensnaher wird und daß durch die neuen Kader auch ein vorteilhafter Einfluß auf den Arbeitsstil der übrigen, schon länger im Staatsapparat tätigen Mitarbeiter ausgeht. Aufgabe der Grundorganisationen und Parteigruppen im Staatsapparat ist es nun, darauf zu achten, daß sich dieser positive Einfluß immer mehr durchsetzt, daß die neuen Kader nicht ermüden und etwa im alten Trott der Routinearbeit versinken.

In den vergangenen Monaten sind auch Bemühungen sichtbar geworden, die Zusammensetzung und Arbeit der leitenden Genossen in den staatlichen Organen und im Staatsapparat zu verbessern. Das wurde einmal durch eine Reihe notwendiger personeller Veränderungen erreicht, zum anderen durch die Neuwahl, in deren Ergebnis die Zusammensetzung des Bezirkstages wie auch des Rates des Bezirks sich zum Positiven veränderte. Noch immer aber ist hier die Lage nicht befriedigend. Seit Monaten ist z. B. die politisch so wichtige Parteiorganisation beim Rat des Bezirks praktisch ohne Parteisekretär. Hier drückt sich die noch immer nicht überwundene Unterschätzung der Rolle der Parteiorganisation im Staatsapparat durch die Genossen der Bezirksleitung recht deutlich aus.

Kaderreserven schaffen — eine kollektive Aufgabe

Am 9. August 1958 hatte das 2. Plenum der Bezirksleitung Gera in seinem schon erwähnten Beschluß die leitenden Genossen im Staatsapparat aufgefordert, die Kaderarbeit und die Arbeit mit den Mitarbeitern des Staatsapparates „zu ihrer eigenen Sache“ zu machen. Der Rat des Bezirks und die Räte der Kreise, so betonte der Beschluß der Bezirksleitung, sind „kollektiv“ für die Kaderarbeit verantwortlich.

Der Forderung der Bezirksleitung entsprechend kam am 23. September 1958 ein Ratsbeschluß zur Schaffung einer Kaderreserve zustande. In der Präambel dazu wird ganz richtig gesagt, daß die Schaffung der Kaderreserve die Voraussetzung für eine kontinuierliche Kaderpolitik ist und „zum Bestandteil der täglichen Arbeit eines jeden leitenden Mitarbeiters im Staatsapparat werden muß. Deshalb ist sofort damit zu beginnen“. Natürlich ist es lobenswert, zu beschließen, mit dieser wichtigen Aufgabe „sofort zu beginnen“. Diese energische Formulierung erscheint jedoch sehr formal, wenn man bedenkt, daß zwischen der Bezirksdelegiertenkonferenz und ihrem sinngemäß gleichlautenden Beschluß und dem Beschluß des Rates gute drei Monate liegen und seit dem Beschluß des 2. Plenums der Bezirksleitung ebenfalls über sechs Wochen vergangen waren. Die Genossen im Rat des Bezirks haben es also offenbar nicht so eilig mit der Durchführung der Parteibeschlüsse in Kaderfragen. Sie tragen aber vor der Bezirksleitung und der ganzen Parteiorganisation des Bezirks Gera die politische